

# RESOLUTION

## der Teilnehmer der Veranstaltung in Knittelfeld am 7. September 2002

Die Unterzeichner anerkennen, daß es seit Beginn der Regierungstätigkeit am 4. Feber 2000 der Freiheitlichen Regierungsmannschaft unter der Leitung der Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer und unter maßgeblicher Unterstützung des freiheitlichen Landeshauptmannes Dr. Jörg Haider sowie des freiheitlichen Parlamentsklubs, der freiheitlichen Funktionäre und der Mitarbeiter bereits gelungen ist, jahrelang geforderte wesentliche freiheitliche Vorhaben umzusetzen, wie z.B. stabilitätsorientierte Finanzpolitik, Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, Ermöglichung der Abfertigung für alle, Verwaltungsreform, Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, Behindertenmilliarde, Einführung der Familienhospizkarenz, Schaffung des Integrationsvertrages, Abbau von Gewerkschaftsprivilegien im öffentlichen Bereich und vieles andere mehr.

Die Unterzeichner erachten eine freiheitliche Regierungsbeteiligung für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen für erforderlich, um aus Österreich einen sozialgerechten, schlanken, modernen, zukunftsorientierten und wirtschaftlich leistungsfähigen Staat zu formen. Ziel dieser Politik muß Gerechtigkeit für die Menschen dieses Landes sein. Daher sind alle Anstrengungen zu unternehmen, den Menschen als solchen zum tatsächlich Begünstigten des österreichischen Sozialsystems zu machen und an der Umgestaltung des bisherigen ungerechten und ineffizienten sozialistischen Systems, bei dem die Institutionen und nicht die Menschen im Mittelpunkt gestanden sind, weiter zu arbeiten.

① Den Unterzeichnern ist bewußt, daß die erfolgreiche Arbeit der freiheitlichen Funktionäre und insbesondere jene der Regierungsmitglieder durch die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten verschiedener freiheitlicher Funktionäre maßgeblich gefährdet wurde.

Die Unterzeichner erachten eine reibungslose Zusammenarbeit der freiheitlichen Regierungsmitglieder, Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, aller neun Landesorganisationen sowie des freiheitlichen Parlamentsklubs und aller freiheitlichen Mandatäre und Funktionäre in Zukunft für unabdingbar, denn nur dadurch kann eine freiheitliche Reformpolitik auf allen Ebenen gewährleistet werden.

Die Unterzeichner vertreten die Auffassung, daß alle offenen Fragen in Zukunft ausschließlich in den dafür vorgesehenen Gremien offen und ohne Einschränkung diskutiert und abgestimmt werden müssen, um dadurch der Partei ein geschlossenes Erscheinungsbild nach außen sichern zu können.

②

Die Unterzeichner sind sich bewußt, daß ein erfolgreiches Agieren voraussetzt, daß die Reformpolitik auch von den Funktionären auf allen Ebenen mitbestimmt, mitgetragen und nach außen vertreten werden muss. Dies erfordert auch, daß von allen Funktionären keinerlei Maßnahmen getroffen werden, durch die die Arbeit der Gesamtpartei als solches behindert oder gefährdet wird.

Die Unterzeichner bekennen sich nachdrücklich zum Inhalt des Regierungsprogrammes und erklären sich bereit an der Umsetzung der noch offenen Punkte mitzuwirken.

Die Unterzeichner unterstützen die Umsetzung der im Regierungsprogramm noch enthaltenen offenen Punkte wie insbesondere das Demokratiepaket, Reform und Zusammenlegung von Sozialversicherungen, eigenständige Pensionsvorsorge für Frauen, gleicher Zugang zu allen medizinischen Versorgungsleistungen für alle, Sicherung der Qualität im Gesundheitswesen, Kosteneinsparungen in den Krankenversicherungen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Vereinheitlichung der Qualitätsstandards in der Sozialhilfe, Bemühungen zur nachhaltigen Sicherung der Pensionen und zur Altersvorsorge, wobei die bestehenden Pensionsansprüche verfassungsrechtlich abzusichern sind, Pensionsanpassungen sich am Ziel der Wertsicherung zu orientieren haben und Einmalzahlungen sowie Fix- und Sockelbeträge an sozial Schwächere vorzusehen sind, sowie Harmonisierung der Pensionssysteme.

Die Unterzeichner unterstützen weiters eine Verschärfung des Asylgesetzes, eine Verkürzung der Asylverfahren, die Schaffung von europäischen Grundlagen zur Vermeidung des Asylmißbrauchs, eine klare Bejahung der Genfer Flüchtlingskonvention in der geltenden Form, die Bestrebungen der EU zur Erlangung der Bereiterklärung von Staaten eigene Staatsbürger zurückzunehmen und verlangen keine unkontrollierte Ausweitung des Familiennachzugs von Zuwanderern.

*Temelin ? Benes' D. ?  
Londro. ?*

③

Die Unterzeichner unterstützen die im Regierungsprogramm festgehaltene EU-Erweiterung, sofern die darin enthaltenen Bedingungen spätestens bis zur Ratifizierung des Beitrittsvertrages erfüllt sind.

Die Unterzeichner fordern die Weiterführung der Reformen des österreichischen Bundesheeres zur Erfüllung der in der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin verankerten Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Souveränität Österreichs ein.

Die Unterzeichner bekennen sich ausdrücklich dazu, daß im Interesse der kommenden Generationen am Ziel der Budgetkonsolidierung festgehalten wird.

Die Unterzeichner nehmen zur Kenntnis, daß durch die Katastrophe vom 11. September 2001 und dem weltweiten Konjunkturunbruch, der insbesondere auch die

USA und die Staaten der Europäischen Union betroffen hat, und in Folge der dadurch bewirkten äußerst negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die Kapitalmärkte und den Arbeitsmarkt und zusätzlich durch die jüngste Hochwasserkatastrophe das Budget äußerst belastet wurde.

Die Unterzeichner halten es für unabdingbar im Sinne des Bundesparteitagsbeschlusses vom 09. Juni 2002 am vereinbarten Ziel die Steuer- und Abgabenquote im Rahmen einer umfassenden Steuerreform bis zum Jahr 2010 auf 40 Prozent abzusenken, festzuhalten und alle Anstrengungen dafür zu unternehmen.

Die Unterzeichner halten es auch für notwendig, im Interesse der Stärkung des Wirtschaftsstandortes, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Stärkung der Kaufkraft der kleinen und mittleren Einkommensbezieher Entlastungsmaßnahmen zu setzen. Dies ist u.a. dadurch gewährleistet, dass bis zum Jahr 2006 keinerlei budgetwirksame Zahlungen für die Anschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen anfallen.

Die oben genannten Maßnahmen sollen von einer Arbeitsgruppe, welche von beiden Regierungsfraktionen beschickt wird, innerhalb von vier Monaten hinsichtlich Art und Ausmaß sowie Machbarkeit erarbeitet und hinsichtlich ihrer zeitlichen Umsetzbarkeit zwischen 2003 und 2010 überprüft und präsentiert werden, wobei die freiheitlichen Mitglieder dieser Arbeitsgruppe vom Bundesparteivorstand namhaft gemacht werden sollen.

Die Unterzeichner wollen gemeinsam mit der freiheitlichen Regierungsmannschaft unter der Leitung von Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer, dem freiheitlichen Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, dem freiheitlichen Parlamentsklub und allen freiheitlichen Funktionären, im Interesse des Erfolges der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft, die Probleme bewältigen und die Reformen umsetzen und ziehen mit der nachstehenden Unterschrift ihr Begehren zur Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitages zurück.

**Knittelfeld, am 7. September 2002**